

**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur  
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte  
**Band:** 32 (1952-1953)  
**Heft:** 2

**Rubrik:** Stimmen der Weltpresse

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 26.11.2024

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## STIMMEN DER WELTPRESSE

In einem im «*Giornale d'Italia*» vom 12. April unter dem Titel «*Der Augenblick Europas*» erschienenen Leitartikel, geht *Luigi Somma* von einer Analyse der Besonderheiten des amerikanischen Wahlkampfes aus, um die politische Reife und Sensibilität der verschiedenen europäischen Völker einer Betrachtung zu unterziehen.

Seiner Meinung nach fußt der amerikanische politische Kampf nicht so sehr auf einem «fair play» als auf einem Gegensatz der Interessen, welcher — jenseits des nunmehr überwundenen Isolationismus — die sich aus einer Expansion in Asien ergebenden Vorteile jenen des sogenannten Atlantik-Gürtels gegenüberstellt. Die Auffassung, der Dualismus zwischen den USA und Rußland werde im Osten entschieden, nimmt zu. Der Autor glaubt daher, der Gegensatz zwischen Demokraten und Republikanern bestehe in der Folgerichtigkeit, die weitgehenden Ansichten des gegenwärtigen Präsidenten auf bescheidenere Proportionen zu bringen. Angenommen, die Kandidatur Eisenhowers bedeute eine Kompromißlösung, ist es gewiß, daß, sofern die Republikaner dem eigenen Sieg eine antithetische Bedeutung verleihen könnten, die Lage für Europa dadurch schwieriger werden würde. Aus dieser Einsicht heraus ruft der Verfasser den europäischen Völkern zu, die europäische Einigung zu beschleunigen. Zugleich ermahnt er England, von seinen andauernden und störrischen politischen Machenschaften, und Frankreich, von seinem unfruchtbaren und gefährlichen Parlamentarismus abzulassen. Daher auch die Forderung, das deutsche Problem zu lösen — eine unentbehrliche Voraussetzung für die Verwirklichung der europäischen Einheit — und Spanien aus seiner politischen Quarantäne zu befreien.

Schließlich erblickt der Autor im europäischen Parlamentarismus eine Ursache des Mißtrauens und der Unfruchtbarkeit der gegenwärtigen Lage, weil es ihm — im Gegensatz zum amerikanischen Präsidentialismus — nicht gelingt, im demokratischen Leben Freiheit und Autorität zu vereinigen. Er schließt mit den Worten: «Es ist Zeit, daß Europa sich richtig einschätzt und sich ein für alle Male erkennt, bevor es zu spät ist.»

«*The Economist*» publizierte in seiner Nummer vom 16. Februar unter dem Titel «*Czechoslovakia's New Model Army*» nähere Angaben über die Bemühungen des tschechoslowakischen Verteidigungsministers *Cepicka*, eine neue Musterarmee zur «Niederwerfung des Imperialismus» aufzubauen. Er übernahm im April 1950 die Aufgabe der Russifizierung der Armee, nachdem sein Vorgänger, nach Ansicht des Kremls, die Beschleunigung der Reorganisation nicht rasch genug vorgenommen hatte.

«Ermutigt durch seine Erfolge bei der Sowjetisierung des tschechoslowakischen Strafgesetzbuches und der Unterstellung der römisch-katholischen Kirche unter kommunistische Kontrolle, schwang *Cepicka* den ungewohnten militärischen Besen mit sichtbarem Eifer. Er gab der Armee eine neue Uniform, führte politische Kommissare in jeder Einheit ein und hämmerte allen Dienstgraden ein, jede Dienstvernachlässigung ihrer Vorgesetzten zu melden, mit dem Resultat, daß er sich alsbald genötigt sah, die Kommissare zu ermahnen, den Offizieren bei der Aufrechterhaltung der Disziplin behilflich zu sein. Hand in Hand mit diesen Maßnahmen lief eine drastische Säuberung des aktiven und Reservekorps der Offiziere und Unteroffiziere, gleichsam der erste Schritt, um die ganze Armee zu einem zuverlässigen Werkzeug für den sozialistischen Aufbau des Landes umzugestalten.» — Die ersten, die *Cepickas* neuen Besen zu fühlen bekamen, waren die im Herbst 1950 zur zweijährigen Dienstzeit eingezogenen Rekruten. «Um auch die älteren Jahrgänge in das Schema der neuen Musterarmee hineinzupressen, werden wehrfähige Männer,

vornehmlich Partisanen des zweiten Weltkrieges, von Zeit zu Zeit einberufen, um gemeinsam mit den jungen Rekruten an Manövern teilzunehmen. Es besteht Grund zu der Annahme, daß diese Maßnahme manchmal recht unerfreuliche Folgen zeitigt. Die meisten der sogenannten Partisanen besitzen nämlich keine nennenswerte militärische Ausbildung oder Disziplin und sind während des letzten Krieges Kampfhandlungen jeder Art sorgfältig aus dem Wege gegangen.» —

«Da die tschechoslowakische Industrie an einem empfindlichen Mangel an Arbeitskräften leidet, ist die neue Musterarmee bisher nur auf dem Papier aufgestellt worden. Die Industrie erhob Anspruch auf jeden einzelnen Mann, dessen sie habhaft werden konnte und verschonte selbst die Rekruten nicht. Dies führte dazu, daß viele Einberufene nicht einmal die Uniform anzogen.» —

Aus in Wien eingetroffenen Berichten geht hervor, daß jeder Einheit ein sowjetischer Offizier zugeteilt ist, der angeblich die Funktion eines Ausbildungs-offiziers ausübt. Es mehren sich die Anzeichen, daß die tschechische Armee gleich wie die polnische einem sowjetischen Oberkommandierenden unterstellt werden soll, der, um den Schein der Unabhängigkeit nach außen zu wahren, die tschechische Staatsangehörigkeit erhalten soll. Vielsagend ist die Tatsache, daß die Regierung bisher nur das Nationale Sicherheitskorps (Staatspolizei) mit den allermodernsten Waffen ausgestattet hat, das sogar über Tanks und Artillerie verfügt. Die Ausrüstung der Armee wird zwar schrittweise erneuert, doch lassen die vorliegenden Meldungen erkennen, daß es noch einige Zeit dauern wird, bis die bunte Kollektion von Waffen und Transportmitteln, von denen viele deutschen Ursprungs sind, vollständig durch moderne Ausrüstungsstücke ersetzt ist.

Die Wochenzeitung *«Christ und Welt»* enthält in ihrer Nummer vom 17. April interessante Angaben über die Mitwirkung führender russischer Kirchenmänner an der Propaganda über den «Bakterienkrieg» der Amerikaner. In dem am 21. März in der *«Iswestija»* publizierten Manifest, das vom Patriarchen von Moskau, dem Gastgeber Niemöllers, und drei Metropoliten unterschrieben ist, werden die «amerikanischen Imperialisten» in unflätigen Ausdrücken beschuldigt. So lesen wir: «Wie tief muß man moralisch gefallen, in welchem rein viehischen, bestialischen, wilden Zustand muß man gekommen sein, um so berechnend, genau und ohne daneben zu treffen, zum Massenmörder zu werden.» — *«Christ und Welt»* ziehen die zutreffende Folgerung, das Manifest werde ein Symptom für eine bitterernste Not der christlichen Kirche. «Denn die Grenze der Konzessionen, die eine Kirche an die staatliche Macht und ihren politischen Zwang machen kann, ist hier erreicht, ja sie ist bereits überschritten. Gewiß kann eine Kirchenführung sagen, es sei besser, einige Konzessionen zu machen, als den geistlichen Dienst ganz aufhören zu lassen, den die Kirche dem Volke leisten kann und schuldig ist. Aber die offenbare Vergewaltigung der Wahrheit liegt jenseits der Grenze solcher Konzessionen. Mit dieser Vergewaltigung geschieht der Kirche schwerster Schaden, der sich mit Sicherheit an ihr rächen muß: sie zerstört ihre Glaubwürdigkeit. Das mag dem Sowjetstaate gerade recht sein. Die Führer der Kirche aber werden auf die Dauer um die Frage nicht herumkommen, ob dieser Schaden nicht um jeden, wirklich um jeden Preis vermieden werden muß — selbst um den der Unterdrückung der Kirche.»

Die für den politischen Teil der Hamburger Wochenzeitung *«Die Zeit»* verantwortliche Redaktorin *Gräfin Marion Dönhoff* publiziert in der Nummer vom 10. April einen aus Kairo stammenden Bericht *«Gerüchte aus Ägypten»*, wonach die einzigen «Westler», zu denen Tunesier, Syrer, Iraker oder Ägypter Vertrauen hätten, die Deutschen seien. «Die Deutschen, die seit einer Generation keine Kolonialmacht mehr sind, die keinen Herrschaftsanspruch zu verteidigen haben und die keine politischen Absichten hegen.» Der Bericht enthält auch nähere Angaben

über die Mitwirkung deutscher Offiziere beim Aufbau der ägyptischen Armee, die seit dem Palästinafeldzug einen Viertel des jährlichen Budgets, nämlich 50 Mio £, beansprucht. — Eine Reihe von Fachleuten, die den verschiedenen Waffengattungen als Spezialisten und Berater zugeteilt sind, werden namentlich genannt. Insgesamt sollen bisher auf rein militärischem Gebiet etwa ein Dutzend höherer Offiziere tätig sein.

Der Verfassungsgerichtshof der Südafrikanischen Union hat, wie erinnerlich, einen Parlamentsbeschluß ungültig erklärt, wonach die Farbigen der Kap-Provinz und die dort wohnenden Europäer auf getrennten Wahllisten aufzuführen sind. Das Statut von 1909, das vom englischen Parlament verabschiedet worden war und die Gründungsurkunde der Südafrikanischen Union darstellt, sah vor, daß die Farbigen der Kap-Provinz — etwa 40 000 von rund 1 Million Farbigen in ganz Südafrika — berechtigt sein sollten, auf den gleichen Wahllisten zu figurieren wie die Europäer. Dr. Malan, der gegenwärtige Ministerpräsident, stellt sich nun auf den Standpunkt, daß das Statut von Westminster von 1931, welches die absolute Souveränität der Dominien anerkannte, jenen Teil des Statutes von 1909 über die Vorrechte der Farbigen der Kap-Provinz gegenstandslos mache. In diesem Konflikt zeigen sich typische Schwächen der Verfassungsgerichtsbarkeit. Dr. Malan ließ durchblicken, daß sich ein oberster Gerichtshof gewissen Gefahren aussetze, wenn er die Entscheide des Parlamentes ungültig erkläre. Im Unterschied zur seinerzeitigen Taktik Präsident Roosevelts, der den obersten Gerichtshof, welcher die New Deal-Gesetzgebung als verfassungswidrig bezeichnet hatte, nach und nach mit seinen Anhängern besetzte, zieht Dr. Malan vor, den Gerichtshof direkt zu attackieren. Die unabhängige Wochenzeitung *«Time and Tide»* vom 29. März 1952 wirft ihm vor, daß er hiebei nicht wie ein Staatsmann vorgegangen sei<sup>1)</sup>. Unmittelbar nach dem Entscheid des Obersten Gerichtshofes kündigte er die Absicht seiner Partei an, eine Vorlage einzubringen, welche die Beschlüsse des Parlamentes unanfechtbar mache. Dieses Vorgehen droht nun, wie die genannte Zeitschrift glaubt, das Land nicht über die Frage des Statuts der Farbigen der Kap-Provinz aufzuspalten, sondern über den viel bedeutungsvolleren Gegenstand des Respektes vor den Gesetzen des Landes.

---

1) 32 Bloomsbury Street, London W.C. 1.